

Barrikaden abgetragen werden. Gerade als die letzten Sachsen abmarschierten, traf der sächsische Außenminister auf dem Schauplatz der Tragikomödie ein. Er begegnete zufällig dem neugebackenen Minister, redete ihm ins Gewissen und drohte, ein zweites Mal werde man die Truppen nicht ohne sichere Garantie für die Ordnung zurücknehmen.

Der Einmarsch der sächsischen Truppen in Altenburg erregte den lautesten Unwillen der Demokraten in Sachsen. Im Programm der demokratischen Vereine, der Vaterlandsvereine, war vorgesehen, daß die Wahl der Regierungsform jedem deutschen Lande gemäß dem Wunsche der Bevölkerung freistehen sollte. Man durfte also nicht zulassen, daß die eigene Regierung im Nachbarlande die Ausrufung der Republik verhinderte, wenn die Mehrheit der Bevölkerung republikanisch gesinnt war. In der Presse wie in Volksversammlungen protestierten die Demokraten gegen die Haltung der Regierung. Der demokratische Verein zu Leipzig sandte sogar eine Deputation an Oberländer, um Rechenschaft zu fordern. Selbstverständlich wurde die Regierung auch in beiden Kammern angegriffen, aber sie fand im Landtage eine Mehrheit der Rechten und gemäßigten Liberalen, die ihre leisetretende Interventionspolitik billigte¹⁵.

Eine Waffe war allerdings für die Regierung im Abwehrkampfe nicht anwendbar, obwohl sich die Regierung redliche Mühe gegeben hatte, sie zu erlangen: die Aufforderung des Bundestags war ausgeblieben. Wohl hatte der Altenburger Abgesandte das Anliegen in Frankfurt vorgebracht, aber der Bundestag lag schon in Agonie; er wagte nicht, durch einen unpopulären Entschluß auf seine neue den Widerspruch der öffentlichen Meinung herauszufordern, und der Altenburger bekam den Bescheid, eine Aufforderung zur Hilfeleistung sei nicht vonnöten, es entspräche der Bundespflicht, besagte Hilfe auf Anruf zu gewähren¹⁶. Um kein unnötiges Aufsehen zu erregen, wurde der Antrag nicht einmal ins Protokoll aufgenommen. Pfordten beruhigte sich bei dieser Entscheidung noch nicht, die altenburgische Regierung mußte ihren Antrag erneuern, und auch der sächsische Bundestagsgesandte wurde angewiesen, den

¹⁵ Vgl. C. Geyer, Politische Parteien und öffentliche Meinung in Sachsen 1848/49. Leipz. Diss. 1914, S. 90/91 und H. Bertholdi, Die Altenburger Angelegenheit, Offenes Sendschreiben an den Staatsminister Oberländer. 1848.

¹⁶ Bericht des sächsischen Bundestagsgesandten Todt v. 16. Juni 1848.